rathaus
station

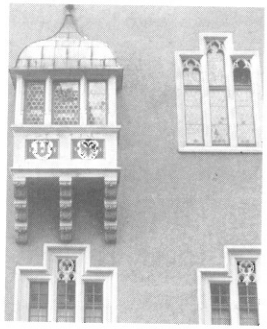
17

Nach jüngsten Forschungen befand sich das Rathaus ursprünglich in der Marktstraße, die bis in das 14. Jahrhundert hinein den Mittelpunkt der Reichsstadt bildete. Danach kam es 1386 im Zuge der Stadterweiterung zum Neubau des Rathauses am heutigen Marienplatz. Der Abbruch der Westmauer, die Auffüllung des Stadtgrabens (heute Marienplatz), sprich: Die Erweiterung der Stadt um das Handwerkerviertel in der Unterstadt macht diesen Neubau wahrscheinlich. Die Verlegung des Rathauses an die Schnittstelle zwischen Ober- und Unterstadt ist zugleich Ausdruck des Erstarkens des bürgerlichen Gemeinwesens im 14. Jahrhundert. Nicht mehr allein die "Meliores", die Besseren, ehemalige königliche Dienstleute und reiche Kaufleute, sollten das Geschick der Stadt bestimmen. Auch die Handwerker verlangten zunehmend politische Mitsprache, die ihnen von den regierenden Patrizierfamilien allerdings nur zögerlich gewährt wurde.
Frauen waren von politischer Mitsprache in reichsstädtischer Zeit gänzlich ausgeschlossen. Zwar waren sie als Töchter oder Ehefrauen Mitglied der Gesellschaft zum Esel, des Ballens oder einer der acht Zünfte. Politische Ämter konnten sie aber nicht ausüben. Erst unser Jahrhundert, genauer: Die Novemberrevolution von 1918, brachte Frauen nach jahrzehntelangem Kampf das aktive und passive Wahlrecht.

Frauen im Gemeinderat

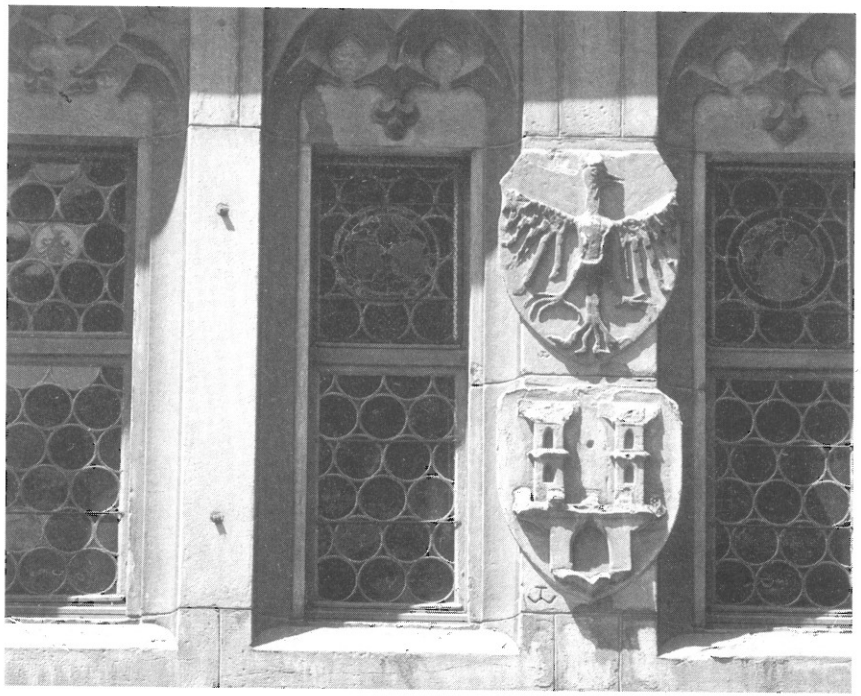
Mit der Einführung des Frauenwahlrechts im Zuge der Novemberrevolution von 1918 ging eine wichtige Forderung der damaligen Frauenbewegung in Erfüllung. Vor allem die aktiven Stimmrechtlerinnen hofften, mit dem Wahlrecht die Voraussetzung und das Fundament für eine Veränderung der patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse zu schaffen. Doch in dieser Einschätzung wurden sie gründlich und sehr bald enttäuscht: In der Weimarer Republik wurden weder viele Frauen in die Parlamente gewählt, noch änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse. In Ravensburg profitierten in erster Linie die christlichen und konservativen Parteien vom Frauenwahlrecht. Vor allem das Zentrum, das sich im Bündnis mit den bürgerlichen und deutschnationalen Parteien noch im August 1918 entschieden gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen hatte, ging gestärkt aus den ersten gleichen Gemeinderatswahlen im Mai 1919 hervor.
Das Zentrum hatte mit vielen Wahlveranstaltungen in der Stadt, die sich speziell an Frauen als Wählerinnen wandten, auch die erfolgreichste und eigenständigste Frauenpolitik betrieben. Tatkräftige Unterstützung fand die Partei bei den katholischen Frauenvereinen der Stadt. Und aus diesen überaus erfolgreich agierenden Vereinen rekrutierten die Parteien auch ihre Kandidatinnen. Alle vier Gemeinderätinnen der Weimarer Republik, Anna Lipp, Maria Seeger, Luise Salenbauch und Maria Schmitt, waren in der katholischen Frauenbewegung der Stadt aktiv. Zwei von ihnen leiteten große Vereine: Anna Lipp, Jahrgang 1870, zog 1919 für die christlich organisierte Arbeiterschaft ins Rathaus. Sie war Vorsitzende des Katholischen Arbeiterinnen- und Dienstmädchenvereins der Stadt. Die Handarbeitslehrerin an der katholischen Volksschule stand ferner dem katholischen Mädchenhort vor und zählte 1917 zu den Gründungsmitgliedern der Ortsgruppe des Katholischen Frauenbundes.
Luise Salenbauch, die wohl erfolgreichste der vier Ravensburger Gemeinderätinnen in der Weimarer Republik, führte den größten Verein der Stadt, den Katholischen Frauenbund mit damals über 1000 Mitgliedern. 1874 in Marchtal geboren, kandidierte Luise Salenbauch 1925 als einzige Frau auf der Liste des Zentrums.

Mit großer Stimmenmehrheit wurde sie ins Kommunalparlament gewählt. Als einzige Frau im Gemeinderat engagierte sich Luise Salenbauch bis zu ihrem überraschenden Tod im Jahr 1929 vor allem für sozial Schwache und war Mitglied des Schul- und Ortsfürsorgeausschusses.
Aus den Reihen der SPD, die als einzige Partei die Forderung nach dem Frauenwahlrecht 1891 im Erfurter Programm verankert hatte, gelang es in der Weimarer Republik keiner Kandidatin, in den Gemeinderat hineingewählt zu werden. In einer Stadt mit ausgeprägt katholischem Milieu taten sich nicht nur die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien schwer, auch die Frauenbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung konnte kaum Fuß fassen. Erst 1966 zog mit Gisela Lind, von Beruf Hausfrau und Musikpädagogin, die erste sozialdemokratische Vertreterin in das Rathaus. Die ersten vier Gemeinderätinnen der Weimarer Republik beschränkten sich in ihrer Gemeinderatsarbeit auf dezidiert familien- und frauenpolitische Belange. Als Sprecherinnen ihrer Frauenorganisationen traten sie allerdings weitaus wirksamer in Erscheinung, als in der männlich geprägten Kommunalpolitik. Eine, die diese Gefahr der Vereinnahmung aktiver Vereinsfrauen für die Parteiarbeit früh erkannt hatte, ist die Hamburgerin Lida Gustava Heymann. Reichsweit und international hatte sie seit der Jahrhundertwende entschieden für das Frauenwahlrecht gekämpft. Kritisch betrachtete die Stimmrechtlerin nach den ersten Wahlen in Deutschland, wie aktive Frauen der Frauenbewegung für Parteiinteressen "ausgebeutet" wurden. Statt der Mitwirkung von Frauen in den bestehenden Männerparteien, forderte sie bereits in den 20er Jahren – vergeblich – parteiübergreifende Frauenlisten. Nur so könnte es ihrer Einschätzung zufolge gelingen, Frauen in der Politik mehr Gewicht zu verleihen und die Zahl der weiblichen Abgeordneten nicht von männlicher Gnade abhängig zu machen.



Stimmrechtlerin
Lida Gustava Heymann

"Die Gleichberechtigung der Frauen (...) stand in der Verfassung, war auf dem Papier vorhanden, das war aber auch alles. Die Wirtschaft, die Finanzen, Verwaltung, der gesamte Staatsapparat, der bei Revolutionen und Umwälzungen ausschlaggebender Faktor ist, befanden sich ausschließlich in den Händen der Männer. Nicht einmal bei den Wahlen hatten Frauen die gleiche Möglichkeit freier Auswirkung wie die Männer, denn diese allein beherrschten wiederum den Parteiapparat sowie die Parteikassen und damit die Propaganda."



"Frauen schienen mir immer am politischen Geschehen interessiert. Die politischen Entscheidungen betreffen sie gleichermaßen oder noch mehr wie Männer."

Toni Rauscher, frühere CDU-Stadträtin

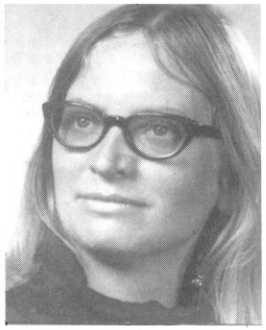
Auch nach 1945 änderte sich an der ungleichen Teilhabe der Geschlechter an der institutionalisierten Macht wenig. Die Zeit des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg, der ja durchaus auch als Scheitern des männlichen Prinzips in der Politik gedeutet werden kann, bewirkten kein Umdenken in der politischen Geschlechterhierarchie.

Dabei hat es an Ansätzen zu mehr Mitbestimmung von Frauen nach dem Krieg nicht gefehlt. Aufbruchstimmung wird zum Beispiel in den Frauenausschüssen spürbar, die sich nach dem verlorenen Krieg vor allem in den Großstädten bildeten. Diese von Frauen gegründeten Zusammenschlüsse strebten nicht nur die Bewältigung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme an. Sie hatten anfangs auch die Vision, die kommunale Politik umzugestalten und den Einfluß von Frauen in der Gesellschaft zu stärken. Auch in Ravensburg war im September 1947 ein solcher Ausschuß gegründet worden. Die Initiative ging jedoch nicht von den Frauen selbst aus, sondern vom damaligen Stadtrat Dr. Munzinger. Der Aufgabenbereich des Ravensburger Frauenausschusses war zudem extrem auf Belange beschränkt, die das alltägliche Leben von Hausfrauen erschwerten. Ohne politische Stimme und begrenzt auf die Beratung des exklusiv männlichen Gemeinderats in Fragen der alltäglichen Not in der Nachkriegszeit, erlangte der Ravensburger Frauenausschuß jedoch keine Bedeutung.

Am längsten prägte bislang Toni Rauscher die Ravensburger Kommunalpolitik. 1953 mit 32 Jahren in das damals noch elfköpfige Gremium gewählt, gestaltete Toni Rauscher die Ravensburger Kommunalpolitik 22 Jahre bis 1975 aktiv mit. 13 Jahre lang war sie zudem Kreisrätin. Das politische Engagement der gelernten Fürsorgerin, die als Geschäftsführerin das elterliche Bauunternehmen leitete, resultierte aus ihrer christlichen Einstellung. Aus einem bürgerlichen Elternhaus kommend, hat die frühere Sozialarbeiterin, die als warmherzig und couragiert beschrieben wird, sich stets einen Blick für die soziale Realität und die Not der Menschen bewahrt.

"Bildungsgerechtigkeit bedeutet gleiche Startchancen für alle"

Maria Ballarin, frühere SPD-Stadträtin

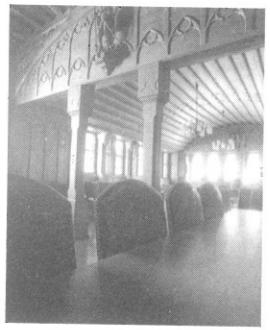


Als stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Württemberg/Hohenzollern, Mitglied im Katholischen Frauenbund und Ortsvorsitzende des Mädchenschutzverbandes war Toni Rauscher auch frauenpolitisch aktiv: "Frauen schienen mir immer am politischen Geschehen interessiert. Die politischen Entscheidungen betreffen sie gleichermaßen oder noch mehr wie Männer. Ich versuchte, dorthin zu gehen, wo sie zu treffen sind ..." , äußerte sie sich rückblickend über ihre politische Arbeit. Heute kommt ihr soziales Engagement ihrer Pfarrei Christkönig zugute, sei es als Pfarrgemeinderätin oder in der Nachbarschaftshilfe. Bis 1992 war sie zudem Präsidiumsmitglied im Diözesanrat, einem nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil eingerichteten Gremium, das Laien mehr Mitspracherechte in der Kirche einräumen soll. Die engagierte Ravensburger Katholikin gehört zudem zu den ersten Frauen im Bistum Rottenburg-Stuttgart, die 1995 mit dem Komturkreuz des hohen päpstlichen Silvesterordens ausgezeichnet wurden.

Kommunalpolitisches Profil erarbeitete sich auch die Grund- und Hauptschullehrerin Maria Ballarin. 1971 kandidierte sie erstmals erfolgreich für die SPD, wobei ihr Interesse in Zeiten einer demokratischen Erneuerung der Gesellschaft ganz der Chancengleichheit galt: "Ich war früher Handwerkerin, Fabrikarbeiterin und Arzthelferin. So kenne ich viele Lebensbereiche. Bildungsgerechtigkeit bedeutet gleiche Startchancen für alle. Hierfür sind Vorschulerziehung und Ganztagesschulen unerläßlich, vor allem bei der zunehmenden Berufstätigkeit der Mütter", ist im damaligen Wahlprospekt der SPD nachzulesen. Bis 1984 Mitglied des Gemeinderats, ist Maria Ballarin heute 'außerparlamentarisch' aktiv. Bekannt als "Altstadt-Mariele" setzt sie sich im Vorstand des Bürgerforums Altstadt und in der Museumsgesellschaft mit kritischer Stimme für den Erhalt des historisch gewachsenen Stadtbildes und eine lebendige Altstadt ein.

Allmählich zeichnet sich eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Politik und Verwaltung ab. Dies ist auch in Ravensburg spürbar. Mit derzeit neun weiblichen von insgesamt 38 Gemeinderäten liegt der Frauenanteil im Ravensburger Rathaus mit 23,7 Prozent so hoch wie nie zuvor: Fünf Frauen in der CDU-Fraktion, eine SPD'lerin und drei Frauen im Bündnis 90/Die Grünen.
Bis zur tatsächlichen Gleichberechtigung ist es noch ein langer Weg. In der Kommunalpolitik wie auch in der Parteiarbeit treffen Frauen auf politische Regelwerke, hierarchische Strukturen und Kommunikationsformen, die durch männliche Erfahrungen und Bedürfnisse bestimmt werden. Und noch immer werden Frauen, die politische Ämter bekleiden, mit Mißtrauen bedacht. In der Männerdomäne Politik wird die Akzeptanz von Mandatsträgerinnen noch vielfach weniger an ihrer fachlichen Kompetenz als an ihrem Verhalten als Frau gemessen: "Sie müssen sich selbst wie ihrer Umwelt gegenüber beweisen, daß sie – obwohl Frau und gewissermaßen illegitimerweise in der Politik – dennoch für die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten geeignet sind und sie – obwohl Politikerin – dennoch 'richtige' Frauen sind"– lautet das Fazit einer jüngst durchgeführten empirischen Untersuchung über die Erfahrungen aktiver Politikerinnen. Eine Frau als Bundeskanzlerin liegt nach 77 Jahren allgemeinen und gleichen Wahlrechts noch immer in weiter Ferne. Dennoch kommt langsam Bewegung in den traditionell ungleichen Zugang zur Macht: Mit Beate Weber wurde 1990 in Heidelberg erstmals eine Frau als Oberbürgermeisterin in Baden-Württemberg gewählt. In Ravensburg wird Oberbürgermeister Hermann Vogler derzeit ehrenamtlich von zwei Frauen vertreten: Von Elisabeth Vetter, die seit 1975 – bald länger als Toni Rauscher – für die CDU im Gemeinderat aktiv ist, und von Klara Engl-Rezbach, die seit 1989 für Kontinuität in der 'grünen' Frauenpolitik im Gemeinderat eintritt. Vielleicht werden im kommenden Jahrhundert auch Portraits von Oberbürgermeisterinnen der Stadt Ravensburg eine Selbstverständlichkeit sein und die Wandvertäfelung des Kleinen Sitzungssaals im ersten Stock des Rathauses schmücken.

Oberbürgermeisterin der Stadt Ravensburg

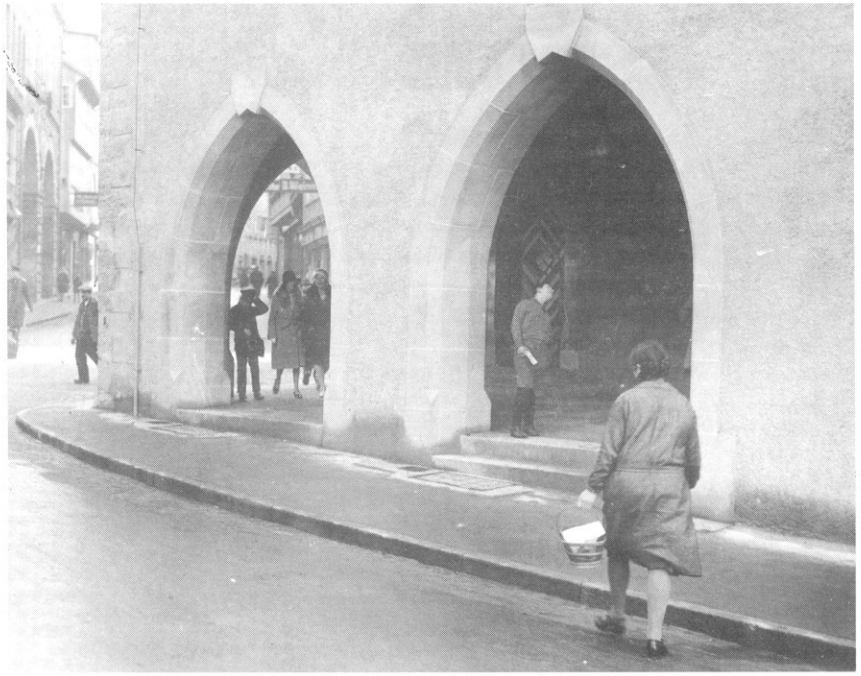


Erker von 1571
Nordseite des Rathauses,
S.182, S.187

Reichs- und Stadtwappen
Ostseite des Rathauses,
S.183

Toni Rauscher,
frühere CDU-Stadträtin,
S.184

Maria Ballarin,
frühere SPD-Stadträtin,
S.185

Kleiner Sitzungssaal, S.186

Nordostecke des Rathauses,
1929/30, S.187